

## Der Sturm auf die luftigen Höhen

**Der Landkreis will Standorte für Windkraftanlagen festlegen. Investor widerspricht heftig.**



**So könnte es künftig auch im Landkreis über den Bayerwaldhöhen aussehen**

Landkreis. Wie soll das funktionieren mit der Windenergie im Landkreis Cham? Jeder errichtet, wo es möglich ist, ein Windrad, oder sollen bestimmte Gebiete für Windenergie ausgewählt werden? Dieses geordnete Verfahren versucht derzeit der Landkreis zu verwirklichen und stößt dabei auf Widerstand. Weil die Einzelprojekte nicht so schnell vorankommen wie gewünscht, gibt es Kritik. Ein aktuelles Beispiel sind die Vorwürfe der Freien Wähler an Landrat Franz Löffler wegen einer Verzögerung des Windradbaus bei Eschlkam. Es gibt aber auch generelle Kritik an der Standortauswahl durch Politik und Verwaltung.

Orangerote Flecken auf dem Windatlas für Bayern sind gute Standorte für Windräder. An vier Stellen im Landkreis häufen sich solche Flecken: im Vorwald, im Hohenbogen und Lamer Winkel, bei Waldmünchen und um Cham. In drei dieser vier Gebiete sind die Gemeinden in Arbeitsgemeinschaften derzeit dabei auszuloten, welche Flächen sich für Windkraftanlagen lohnen können. Ziel ist es, gemeindeübergreifende Flächennutzungspläne für die Windkraftnutzung zu schaffen.

Derzeit ist ein Planungsbüro aus Bad Steben dabei, für den Landkreis Voruntersuchungen zu erstellen. Für den

Alltandkreis Waldmünchen liegen sogar schon erste Ergebnisse vor, die jetzt überprüft werden. Ebenfalls weit fortgeschritten ist die Zusammenarbeit der Gemeinden im Vorwaldbereich. Im Anfangsstadium steht die Abstimmung im Bereich Lamer- und Hohenbogen Winkel. Lediglich die Landkreismitte hat sich noch nicht gemeindeübergreifend mit dem Thema befasst.

Für die gemeindeübergreifende Planung gibt es für Landrat Franz Löffler gute Gründe. Ein Windrad mit einer Nabenhöhe von 140 Metern auf einem Bergrücken „hat immer einen Einfluss auf eine andere Gemeinde“, sagt er.

Der tiefere Grund, so erläutert er aus einem Strategiepapier des Landkreises, sei es aber, die „Verspargelung“ der Landschaft zu verhindern. Es sollen Konzentrationsflächen für die Windkraft geschaffen werden. Die Gemeinden sollen gemeinsam eine oder mehrere Flächen ausweisen, aber nicht jeder einzeln. Mit diesem Vorgehen soll auch die Akzeptanz der Windkraftanlagen gesteigert werden. Bisher waren Windkraftanlagen im Landkreis meist am Widerstand aus der Bevölkerung, aber auch am Widerstand der Nachbarkommunen gescheitert. Genau das soll jetzt durch die gegenseitige Abstimmung verhindert werden. Geprüft wird für die Konzentrationsflächen nämlich nicht nur die Windgeschwindigkeit, sondern auch ob gesetzliche Grundlagen eingehalten werden. Zusätzlich wird geprüft, ob eine Gemeinde durch den Bau der Anlagen in ihrer künftigen Entwicklung behindert würde.

Weil danach das gesetzlich geregelte Verfahren eines Flächennutzungsplans folgen soll, wäre die Bürgerbeteiligung formal geregelt. Erst an dieser Stelle hält das Konzept des Landratsamtes eine Herausnahme der Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet für nötig. Das ist allerdings der aktuelle Streitpunkt bei der geplanten Windkraftanlage bei Eschlkam. Hier hat die Gemeinde einen Antrag auf Herausnahme aus dem Landschaftsschutzgebiet gestellt, der bisher nicht vom Landratsamt behandelt wurde.

Spricht man mit dem Eschlkamer Bürgermeister Josef Kammermeier, so ist zu erfahren, dass er ein Befürworter des Konzepts des Landkreises ist: „Wir wollen nicht an jeder Ecke ein Windrad, sondern Konzentrationsflächen!“ Mit der Herausnahme aus dem Landschaftsschutzgebiet habe man dem Investor für ein Windrad Entgegenkommen zeigen wollen, eine Zustimmung der Gemeinde zum Bau selbst sei das aber nicht, erklärt der Bürgermeister. Am Schluss wird deutlich, dass die Akzeptanz des Windrades in der Gemeinde auch an finanzielle Vorteile geknüpft ist. Die Gewerbesteuer wie zugesagt, sei nicht zu erreichen. Kammermeier: „Ich sehe das jetzt kritischer.“

Geld spielt auch beim Konzept des Landkreises eine wichtige Rolle. Landrat Löffler wünscht sich eine „regionale Wertschöpfung“. Schon jetzt erwirtschafteten die erneuerbaren Energien 56 Millionen Euro, die „im Landkreis bleiben“. Bei der Windkraft sollen die Bürger ähnlich wie bei der Fotovoltaik über die Energiegenossenschaft Cham beteiligt werden. Es sollen Bürger-Windanlagen entstehen, sagt der Landrat. „Der Bürger soll nicht nur zuschauen, sondern auch mitmachen.“ Auch für Kommunen sei Windkraft eine Idee. Der Bürger werde sein Geld aber nur in Standorte stecken, auf denen wirklich eine Windkraftanlage gebaut werde. Deswegen sei die Vorerkundung so wichtig. Dass damit auch eine höhere Akzeptanz für die Windkraft geschaffen werde, „liegt auf der Hand“, sagt Löffler. Trotz des Wertschöpfungsgedankens für die Region heiße das nicht, dass Investoren nicht willkommen seien, sagt der Landrat. „So etwas kann man nicht verordnen!“

Eine Beteiligung der Bürger plane auch Helmut Aiwanger, der Investor für das Windrad in Eschlkam, sagt Max Schmaderer, Sprecher der Freien Wähler. Seine Fraktion habe ihn nicht nur wegen des Windrads bei Eschlkam eingeladen, sondern auch weil er seit den 90-er Jahren auf dem Sengenbühl bei Furth ein Windrad betreibt. Die zufällige Namensgleichheit mit dem Landesvorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, spiele keine Rolle.

„Ich bin nicht mit dem FW-Landesvorsitzenden verwandt“, erklärt der Windradbetreiber Helmut Aiwanger. Er hegt starke Zweifel, dass der Plan des Landrates umsetzbar ist. Selbst wenn die Vorauswahl der Konzentrationsflächen gut getroffen werde, sage das nichts darüber aus, ob sich wirklich ein Windrad lohne. Dazu müsse man ein Jahr lang aufwendig und teuer messen. Erst wenn diese Untersuchung ein positives Ergebnis bringe, könne man über die Finanzierung von drei bis vier Millionen Euro reden. Schon deswegen sei er für eine Beteiligung von Bürgern.

„Ich nehme ihnen nix weg“, sagt Aiwanger an den Landkreis gewandt. Vielmehr sollte man ihn als Vorreiter betrachten. Seine Messergebnisse könnten Grundlage für weitere Windradplanungen sein. Für den Bau von Windrädern sei neben viel Geld auch viel Erfahrung nötig, sagt Aiwanger. Bei der Windkraft habe ein kleiner Planungsfehler massive finanzielle Auswirkungen: Beim Windradbetreiber und bei der Gewerbesteuer. Deswegen dürfe man nicht alles „unter Kuratel stellen“, sagt Aiwanger. Die Gemeinde sollte allein entscheiden, schließlich sei dies ihr Hoheitsrecht und sie müsste später auch mit dem Windrad leben.

---

**URL:** <http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10059&lid=0&cid=0&tid=0&pk=710306>